



Arbeiterwohlfahrt



Caritas-Verbände



Deutsches  
Rotes  
Kreuz

Deutsches Rotes Kreuz



Diakonische Werke



Der Paritätische  
Wohlfahrtsverband



Zentralwohlfahrtsstelle  
der Juden in Deutschland

# Pressemitteilung

## LIGA der Spitzenverbände warnt vor Zerschlagung des Landesjugendamtes

Schwerin, den 26. Januar 2010

Heute soll im Koalitionsausschuss der Parteien die Weichenstellung für die Zuordnung von Aufgaben im Rahmen der Landkreisneuordnung getroffen werden. Auf der Vorhabenliste stehen die Zerschlagung des Landesjugendamtes und die Abschaffung des Landesjugendhilfeausschusses.

Zudem sollen alle sozialen Beratungsstellen ausschließlich in die Anerkennungshoheit der Städte und Gemeinden geführt werden. Angesichts deren finanzieller Ausstattung droht das vorhandene Netz an Beratungsstellen in kürzester Zeit zu zerreißen, so Burghardt Siperko, Vorsitzender der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege.

Die gesamte Kinder- und Jugendhilfepolitik ist zum Spielball der politischen Akteure geworden. Mit der geplanten Kommunalisierung des Landesjugendamtes verzichtet das Land auf Steuerungsmöglichkeiten im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe.

„Die freien Träger befürchten, dass das Auswirkungen auf die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, der Jugendverbandsarbeit, der Fortbildung für Fachkräfte und der Weiterentwicklung der Jugendhilfe haben wird“, so Siperko.

Aus Mangel an Zuständigkeit würden diese Aufgaben für das Land weniger verpflichtend und damit gewissermaßen zu „freiwilligen Leistungen“. Die Kinder- und Familienpolitik zum Spielball der Finanzkraft der Kommunen werden zu lassen, lehnen die Wohlfahrtsverbände grundlegend ab.

Denkbar wäre ein Kompromiss in der zukünftigen Aufgabenverteilung zwischen dem Land, hier dem Ministerium für Soziales und Gesundheit, und den Kommunen.

Im vorliegenden Gesetzesentwurf gibt es zudem keinen Verweis auf die weitere Existenz des Landesjugendhilfeausschusses. Zudem soll das Anerkennungsverfahren für Beratungsstellen im Geschäftsbereich der Städte und Gemeinden angesiedelt werden.

Die Wohlfahrtsverbände befürchten, dass die bedarfsgemäße Etablierung von Beratungsstellen den Erfordernissen der demografischen und gesellschaftlichen Entwicklung zukünftig nicht mehr entsprechen wird. Die Kommunen sollen immer stärker verpflichtet werden, Zuschüsse zu den Finanzierungen zu leisten.

Will oder kann eine Kommune keine Zuschüsse leisten, so braucht sie demnächst nur noch die Anerkennung einer Beratungsstelle verweigern. Mit dem Anerkennungsverfahren durch die Kommunen werden landeseinheitliche Maßstäbe nicht mehr zur Anwendung kommen. Zudem birgt dieses Verfahren die Gefahr, dass die Ausgestaltung von Beratungsstellen den Finanzlagen in den Städten und Gemeinden untergeordnet werden.

Auskunft erteilt  
Burghardt Siperko  
Vorsitzender der LIGA der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege e.V.

c/o:  
Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.  
Region Vorpommern  
b.siperko@caritas-vorpommern.de  
03834 7983201